

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Seiten zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

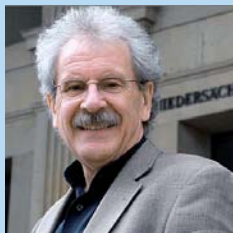
Ausgabe 66 | Januar 2012

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

selten waren die Neujahrsempfänge für mich so wichtig und informativ wie zu Beginn des Jahres 2012.

In diesem Jahr vermischt sich beim Rückblick auf 2011 die Erleichterung darüber, dass Deutschland besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist, mit der Sorge, wie es mit der Staatsschulden- oder der sogenannten Eurokrise weitergeht. Wieder soll es die Politik richten. Richtig. Wer sonst soll es tun. Ich warne allerdings vor wohlfeilen Antworten auf komplexe Fragen.



Doch es gibt auch kluge Antworten: Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

war Gastredner beim Empfang der Ingenieurkammer. Selten hat ein Wissenschaftler derart überzeugend dargestellt, vor welchen zentralen Herausforderungen wir stehen. Wir sind klug beraten, unser Wirtschaften und Konsumieren an verantwortungsvoller Klima- und Umweltpolitik oder gerechter Sozial- und Bildungspolitik zu orientieren. Das wird nicht einfach. Aber es wäre ein guter Vorsatz für 2012!

Ihr


Heinrich Aller

Impressum: Heinrich Aller MdL, Abgeordnetenbüro im Kurt-Schumacher-Haus, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, Telefon: 0511-1674-242, Fax: 0511-2155837, E-Mail: info@heinrich-aller.de



Das neue Jahr hat begonnen – wie immer mit einer Vielzahl von Neujahrsempfängen. An rund 20 dieser Veranstaltungen hat auch Heinrich Aller teilgenommen. Aus guten Gründen: Das neue Jahr gemeinsam zu beginnen, schafft viele Kontaktmöglichkeiten. *Einige Impressionen in dieser „ZidZ“!*

ALLES SPRICHT FÜR DAS ENDE VON SCHWARZ-GELB IN 2013: STILLSTAND IN DER POLITIK IM VORWAHLJAHR 2012 WÄRE FATAL

von Heinrich Aller

Ein Blick auf die Problem- und Konfliktliste der politischen Agenda beweist: Stillstand in der Politik wegen des Superwahljahres 2013 wäre fatal für die Politik in Niedersachsen, Deutschland, Europa und international. Das Aussitzen und Aufschieben von dringend notwendigen Entscheidungen löst keine Probleme. Zeitspiel ist in der Regel kontraproduktiv, teuer und birgt erhebliches Konfliktpotential.

Der Faktor Zeit gewinnt bei der Lösung von Zukunftsproblemen immer mehr an Bedeutung. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, ist es das rasante Tempo, mit dem eine ganze Serie von Krisen – Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Staatsverschuldungskrise, Eurokrise – innerhalb kür-

zester Zeit wichtige in Jahrzehnten erarbeitete Errungenschaften wie die europäische Integration als Friedens-, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zu destabilisieren droht. Globale Probleme wie Umwelt, Klima, Energie, Migration, Rohstoffe, Wettrüsten oder demografische Entwicklung, die in jahrelangen Prozessen international als Zukunftsprobleme identifiziert worden sind, werden wieder in den Hintergrund gedrängt – ganz so, als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun.

Täglich liefern die Medien Themen frei Haus, die nur deshalb nicht entschieden werden, weil die Beteiligten sich im Verschieben und Vertagen taktische Vorteile versprechen und im politischen Kleinklein verheddern. Diese Art, Politik zu betreiben, ist verantwortungslos. **Fortsetzung auf Seite 2**

Fortsetzung von Seite 1

Es kann und darf nicht sein, dass Wahltermine und Umfragen als Begründung für die Vertagung dringend erforderlicher Entscheidungen herhalten müssen. Denn mehr und mehr bleibt das Vertrauen der Menschen in die Entscheidungsfähigkeit, Handlungsfähigkeit und Verantwortungsbeurteilung der Politik auf der Strecke. Die „Causa Wulff“, die „Affäre Wulff“ oder das „Theater um Wulff“ zeigt, wie irre Politik sich inzwischen präsentiert. Nur soviel: Die Verkäuferin an der Supermarktkasse wäre wegen lächerlicher Kleinigkeiten längst „geflogen“.

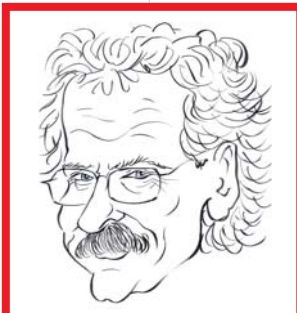
WULFF SETZT AUF MEDIEN-MECHANISMEN STATT AUF WERTE

Bundespräsident und Staatsoberhaupt Wulff setzt voll auf die Medien-Mechanismen und auf die bewährten Politik-Praktiken: Als „Lehrling im Amt“ (Wie dumm-dreist darf ein Bundespräsident eigentlich noch sein?) sitzt er die schlimmsten Vorwürfe aus und schickt Bettina an die Medienfront. Man ist geneigt, den Freiherrn von und zu Gutenberg im Vergleich zu Wulff für einen Gentleman zu halten.

Einer Kanzlerin und einer Bundesregierung, die nicht in der Lage sind, im eigenen Haus für Ordnung zu sorgen, trauen die Bürgerinnen und Bürger auch nicht zu, dass sie den Kurs in der Europa- und internationalen Politik im deutschen Interesse nachhaltig beeinflussen kann. Die Liste der Versäumnisse der Regierung Merkel ist lang. Sie muss und wird auf den Absturz der FDP auf 2 Prozent und die Furcht der CSU, in die Opposition gewählt zu werden, reagieren müssen.

Aber es wird dabei bleiben: Probleme aussitzen und populistischer Aktionismus – die Wahltermine fest im Blick. Darauf müssen sich die Deutschen und die europäischen Partner

einstellen, solange Angela Merkel den Takt vorgibt. Es geht um Einfluss, Mehrheiten; ja, es geht um den Machterhalt in Deutschland.



„Es kann und darf nicht sein, dass Wahltermine und Umfragen als Begründung für die Vertagung dringend erforderlicher Entscheidungen herhalten müssen.“

Gut und richtig ist das nicht! – Wie eine Drohung klingt da die Ankündigung von CDU und FDP in Niedersachsen: „Wir haben gemeinsam noch viel vor.“ In einem Anflug von Autosuggestion verlautbarten die Fraktionsvorsitzenden Thümmler und Dürr am 13. Januar „CDU und FDP – ein gutes Team für Niedersachsen“. Zeitspiel und Aussitzen als Erfolgsrezept. Das hat am erfolgreichsten Helmut Kohl praktiziert. Im Vertrauen darauf, dass Wählerinnen und Wähler schnell vergessen und Medien kein Thema dauerhaft mit Priorität verfolgen können, spielen Angela Merkel und Christian Wulff auf Zeit. In Niedersachsen gehen CDU und FDP noch weiter. Statt schneller Aufklärung (Wulff: „Totale Transparenz schaffen!“) mauern Regierungskoalition und die Regierung McAllister.

DIE ANGST VOR KLARER KANTE

Die Angst davor, populären Parolen Paroli zu bieten, ist nicht nur bei Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen erkennbar. Es darf bezweifelt werden, dass immer längere und immer breiter angelegte Ergebnissuche automatisch die bessere Lösung und die höhere Akzeptanz bringt.

Längst belegen nackte Zahlen und Trends, wie die Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder Sozialverbände als traditionell relevante gesellschaftliche Gruppen an Einfluss verlieren. Medien bestimmen den Mainstream. Meinungsforscher beeinflussen Wahlen. Mit profitablen Ted-Umfragen bestimmt das Publikum Superstars und Topmodels, während gleichzeitig die Wahlbeteiligung sinkt. Neue wirtschaftsnahe Stiftungen spielen sich als Denkschmieden und gesellschaft-

JAHRESBEGINN 2012



Nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren braucht qualifizierte Ingenieure – dafür warb Prof. Dr. Ernst Ulrich Weizsäcker beim Empfang der Ingenieurkammer.



Der Neujahrsempfang des TuS Seelze ist für „Sportsfreund“ Heinrich Aller ein Pflichttermin. Für langjährige ehrenamtliche Arbeit ehrte der Vorstand Eckard Reszat.



Hannover ist (noch) das Zuhause der 1. Panzerdivision. Bei deren Neujahrsempfang sprach OB und SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil im hannoverschen Regionshaus.



Volles Haus, alle da: Der Neujahrsempfang der HGS ist traditionell ein wichtiges Ereignis in Seelze. Hier kamen alle, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterwegs sind.

IMPRESSIONEN VON HEINRICH ALLER, UNTERWEGS IN DER REGION



Zum neuen Jahr hatte der ASB Barsinghausen richtig was zu feiern: Der neue Bahnhof wurde eingeweiht, auch Vize-Bürgermeisterin Kerstin Beckmann gratulierte. ■



Ein kulturelles Highlight gab es wie jedes Jahr in Gehrden: Beim Neujahrskonzert wurden Operngesänge mit schauspielerischen Einlagen stimmungsvoll verbunden. ■



Im Seelzer Ortsteil Almhorst nutzte die dortige SPD-Abteilung den Jahresbeginn zur Mitgliederversammlung. Außerdem präsentierten sich die drei Seelzer Bewerber für den Landtag. ■



Neues Jahr, alter Ärger: Das Brückendrama in Seelze geht in seinen nächsten Akt – eine abgestimmte Lösung gibt es noch nicht. Sicher ist: Heinrich Aller bleibt dran. ■

liche Vordenker auf und bedienen sich nicht selten der Wissenschaft.

Keine Frage: Der Anspruch, politisches Handeln durch demokratisch Mehrheiten zu legitimieren, setzt die Bereitschaft voraus, offen aber ergebnisorientiert zu diskutieren. In zentralen Politikfeldern sind nicht Erkenntnisdefizite, sondern Lösungs- und Handlungsdefizite das Problem. Zeitnah entscheiden und glaubwürdig handeln – das erwarten die Bürgerinnen und Bürger.

DAS PRIMAT DER POLITIK – ODER WAS VERANTWORTUNG BEDEUTET

Wenn Politik den eigenen Anspruch auf das Primat der Politik nicht mehr erfüllen kann oder will, tun das eben andere. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise war das Zeitfenster, um den falschen neoliberalen Kurs nicht nur in Deutschland und Europa zu korrigieren sehr klein.

Die Bereitschaft der Mehrheit der Menschen, Macht und Einfluss der Finanzmärkte, Ratingagenturen und Spekulanten wirksam einzuschränken, war extrem groß. Doch die Chance auf nachhaltige Kurskorrekturen wurde verpasst. Die Spekulanten haben spekuliert – auf Zeit gespielt und gewonnen.

Das Ergebnis ist bekannt. Die dafür Verantwortlichen saßen nicht nur in London, New York oder Tokyo. Nein, sie sitzen auch in Brüssel, Frankfurt und Berlin. Die Rollenverteilung zwischen CDU/CSU und FDP bei der Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer ist ein aktuelles Paradebeispiel dafür, wie eine richtige Entscheidung als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise

in Europa nicht von der Stelle kommt. Die vermeintlich starke Kanzlerin wird von der FDP ausgebremst. Stillstand, kein Fortschritt, keine Lösung in der Sache.

Tatsächlich dominieren die Ratingagenturen – wie vor der Krise – die Finanzmärkte. Wenn jetzt sogar erste Stimmen Standard & Poor's,

Moody's und Fitch, die drei übermächtigen US-Agenturen – als notwendiges Korrektiv handlungsunfähigen Regierungen und Parlamenten betitelt werden, wird es gefährlich.

Genau diese drei scheinbar unkontrollierbaren Institute sind derzeit im Begriff, die mühsamen Stabilisierungsbemühungen demokratisch legitimer Regierungen in Europa zu unterlaufen. Gegen die kurzfristig wirkenden Folgen erhöhter Zinsen für Staatsanleihen können vor allem Staaten mit schwächeren Volkswirtschaften nicht ankonsolidieren. Die Finanzmärkte reagieren nach der ihnen innewohnenden Logik: Profit machen um jeden Preis.

WIDER DEN STILLSTAND

Was bleibt sind Enttäuschung und Verunsicherung der Menschen. Wieder einmal müssen sie feststellen, dass ihre Repräsentanten endlos diskutieren, aber nicht entscheiden. Dabei gilt in der sogenannten „großen wie in der kleinen Politik“ der Grundsatz „Mehrheit entscheidet“.

Auffallend ist, wie in einer immer komplexer werdenden Welt gerade dieses Prinzip unter die Räder zu kommen scheint. – Ändern können das die Wählerinnen und Wähler. Die Angst vor dem Wechsel in Niedersachsen und im Bund in 2013 hat bereits im abgelaufenen Jahr zu bis dato unvorstellbaren Neuorientierungen gebracht. Eigentlich war das Zeitspiel in Sachen Atomausstieg (Verlängerung der Reaktorlaufzeiten) schon beschlossene Sache. Doch bisweilen kann der Wählerwille doch Beschleunigung in die richtige Richtung bewirken. Es darf

in 2012 keinen Stillstand in der Politik geben. Auf dem Weg zu den Wahlen in 2013 muss die SPD zeigen, dass für sie Dialogbereitschaft, Handlungs- und Entscheidungswille wichtige Voraussetzun-

gen für richtige Lösungen sind – im Interesse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. ■

„Die Rollenverteilung zwischen CDU/CSU und FDP bei der Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer ist ein Paradebeispiel dafür, wie eine richtige Entscheidung als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise in Europa nicht von der Stelle kommt.“